

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft
und Beschäftigung -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 09. September 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-06-0043

Bundesgartenschau 2021

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 01.09.2009-

Es ist jetzt bereits erkennbar, dass die Ausrichtung der "Buga 2021" durch die Landeshauptstadt Wiesbaden finanzielle Mittel in Millionen-Euro-Höhe erfordert, die - erst recht auf dem Hintergrund der kommunalen Finanzkrise - dringend für soziale und kulturelle Projekte benötigt werden. Entsprechend unrealistisch ist es weiterhin von einer Beteiligung der Landeshauptstadt Mainz an der "Buga 2021" auszugehen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert alle weiteren Planungen hinsichtlich einer Ausrichtung der "Buga 2021" einzustellen.

Die für die Ausrichtung der "Buga 2021" auf der Wiesbadener Seite vorgesehene wesentliche Fläche auf der Maaraue ist Landschaftsschutzgebiet und schon deshalb als Gelände für eine Bundesgartenschau ungeeignet. Die weitere Verausgabung städtischer Finanzmittel für Planungen zur "Buga 2021" ist sofort zu stoppen.

Beschluss Nr. 0272

Die Beratung des Antrags wird zurück gestellt.

Der Magistrat wird gebeten, rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des Ausschusses am 11.11.2009 einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Wiederaufnahme in die Tagesordnung 11.11.2009

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2009

Horschler Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .09.2009

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Seite: 1/2

Der Magistrat - 16 -

Wiesbaden, .09.2009

Dezernat I

mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller

Oberbürgermeister